

HEYNE <

Der Autor

Tariq Ali wurde 1943 in Lahore (damals Britisch-Indien, heute Pakistan) geboren. Als 20-Jähriger emigrierte er nach London, wo er Politik und Philosophie studierte und 1968 zum Führer und Vordenker der internationalen Studentenbewegung wurde. Heute arbeitet er als Schriftsteller, Filmmacher und Journalist. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher zur Weltgeschichte und -politik, Bühnenstücke, Drehbücher und Romane.

Tariq Ali

**DAS
OBAMA-SYNDROM**

Leere Versprechungen,
Krisen und Kriege

Aus dem Englischen
von Martin Bauer

WILHELM HEYNE VERLAG
MÜNCHEN

Die englische Originalausgabe erschien 2010 unter dem Titel
The Obama Syndrome. Surrender at Home, War Abroad
bei Verso, einem Imprint von New Left Books, London/New York



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
Holmen Book Cream liefert Holmen Paper, Hallstavik, Schweden.

Deutsche Erstausgabe 09/2012

Copyright © 2010/2012 by Tariq Ali
Copyright © 2010 by Verso, London/New York
Das Kapitel »Sheriff der ganzen Welt« wurde für die
deutsche Erstausgabe vom Autor ergänzt.
Copyright © 2012 der deutschsprachigen Ausgabe
by Wilhelm Heyne Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Printed in Germany 2012
Umschlaggestaltung:
Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich,
unter Verwendung eines Fotos von
© Christopher Morris/VII/Corbis
Satz: Uhl + Massopust, Aalen
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pöbneck
ISBN 978-3-453-60239-7

www.heyne.de

INHALT

Vorwort

9

1

Ein historischer Erstfall

23

2

Der Präsident
der Scheinheiligkeit

65

3

Innenpolitische Kapitulation:
ein eindimensionaler Politiker

109

4

Sheriff der ganzen Welt

159

Anhang 1
Brief aus der Notaufnahme
von Dr. Teri Reynolds
215

Anhang 2
Anmerkungen zum Jemen
229

Anhang 3
Pro-Kopf-Ausgaben für
die Gesundheit im Jahr 2010
247

Danksagungen
249

Lucio Magri gewidmet
Im Gedenken an Howard Zinn
und Daniel Bensaid

VORWORT

Dieses Buch entstand im Winter 2009 und wurde im Herbst 2011 erweitert, als sich bestätigte, dass Obama in allen wichtigen Politikfeldern weder besser noch schlechter regierte als Bush. Drei Jahre nach dem Wall-Street-Crash von 2008 stecken die amerikanische und die europäische Wirtschaft noch tief in der Krise, die Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin hoch. Die anarchische Kreditschöpfung ist teilweise eingedämmt, doch im Kern hat sich das System nicht verändert. Banker, Gauner, Betrüger warten geduldig auf eine Erholung, um dann die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Unfähigkeit westlicher Regierungen, das System grundlegend zu reformieren, verschärfte die Krise und bedroht mittlerweile den Bestand der Demokratie. Über Griechenland und Italien herrschen längst die Banken, in anderen Ländern regiert eine außerordentlich stark ausgeprägte Mitte: In der westlichen Welt ist die extreme Rechte klein, eine extreme Linke gibt es kaum. Es ist die bestimmende Mitte, die das politische und das soziale Leben momentan dominiert. Konservative wie sozialdemokratische Regierungsparteien beschließen Sparmaßnahmen, die den Reichen zugutekommen und Kriege im Ausland unterstützen. Präsident Obama steht in der euro-amerikanischen Politikshäre nicht isoliert da, doch daheim wachsen neue

Bewegungen, die die politische Orthodoxie hinterfragen, ohne selbst neue Konzepte anzubieten. Ein Hilferuf.

Oscar Wilde schrieb einmal: »Eine Weltkarte, auf der Utopia nicht verzeichnet ist, verdient keine Beachtung. Denn sie unterschlägt die Küste, an der die Menschheit immer landet. Von dort hält sie dann Ausschau, und wenn sie ein besseres Land sieht, setzt sie die Segel. Fortschritt ist die Verwirklichung von Utopien.« Der Geist des Salonsozialisten aus dem 19. Jahrhundert lebt in den idealistischen jungen Menschen weiter, die sich gegen den Turbokapitalismus erheben, der seit dem Ende der Sowjetunion die Welt beherrscht.

Die Protestierenden von der Occupy-Bewegung ließen sich im Herzen des New Yorker Finanzdistrikts nieder und demonstrierten gegen die Despotie des Finanzkapitals. Kapitalisten sind die gierigen Vampire, die zum Überleben das Blut der Armen brauchen. Die Demonstranten zeigen ihre Verachtung für Banker, für Spekulanten und für deren Medienknechte, die weiter behaupten, es gäbe keine Alternative zur aktuellen Gesellschaftsordnung. Da Europa das Wall-Street-System ebenfalls übernommen hat, kommt es dort ebenfalls zu Protesten. Die jungen Leute, die von der Polizei mit Pfefferspray besprüht werden, wissen zwar vielleicht noch nicht, was sie wollen, aber sie wissen ganz genau, was sie nicht wollen, und das ist ein wichtiger Anfang.

Wie konnte es so weit kommen? Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1991 wurde Edmund Burkes Satz zum allgemein akzeptierten Motto: »In allen aus verschiedenen Klassen zusammengesetzten Gesellschaften müssen notwendigerweise bestimmte Klassen die obersten sein ... Die Apostel der Gleichheit verändern und pervertieren nur die natürliche Ordnung der Dinge.« Wenn Geld die Politik

korrumpiert, dann korrumpiert das große Geld sie völlig. In den Kernländern des Kapitalismus beobachteten wir, wie überall de facto nationale Einheitsregierungen aufkamen: Republikaner und Demokraten in den USA, New Labour und Tories im britischen Vasallenstaat, Sozialisten und Konservative in Frankreich – alle unterschieden sich in ihrer Politik kaum mehr voneinander. Dazu kamen in Deutschland eine große Koalition, in Skandinavien Mitte-links- und Mitte-rechts-Regierungen, in Italien eine unfähige Sozialdemokratie und so fort. Überall wurde ein neuer Markttextremismus gepredigt. Man befand es als »notwendige Reform«, dass der Kapitalismus immer mehr originäre Staatsaufgaben übernahm. Ungehindert durften Privatfirmen im öffentlichen Sektor wildern. Regelmäßig stellten Wirtschaftspublikationen wie *Economist* oder *Financial Times* Länder wie Frankreich und Deutschland an den Pranger, in denen es nicht schnell genug Richtung neoliberales Paradies voranging.

Wer sich diesem Trend widersetzte und den öffentlichen Sektor in Schutz nahm, staatliche Versorgungsunternehmen verteidigte oder gegen die Verramschung von Mietwohnungen in Staatseigentum protestierte, galt als »konservativer« Dino. Inzwischen waren alle Konsumenten statt Bürger; junge, dynamische Aufsteiger in Wirtschaft und Politik reflektierten die neue Wirklichkeit. Der Markt wurde zum neuen Gott, dem Staat immer überlegen. Warum fragten sich diejenigen, die diese Sprüche glaubten, nie, wie all das kam? Tatsächlich brauchte man den Staat, um den Übergang zu schaffen. Staatliche Interventionen zur Stützung des Marktes waren okay – solange sie den Reichen zugutekamen. Da ohnehin keine Partei eine Alternative dazu an-

bot, vertrauten die Amerikaner und Europäer ihren Politikern und folgten ihnen blind ins Desaster.

Die Politiker der extremen Mitte waren vom Triumph des Kapitalismus noch ganz berauscht, als 2008 völlig unerwartet die Krise ausbrach. Die meisten Bürger wurden ebenso unvorbereitet getroffen; sie hatten den Berichten der willfährigen Medien geglaubt, wonach alles zum Besten stehe, und sich von billigen Krediten verlocken lassen. Unsere Spitzenpolitiker, flüsternten sie den Menschen ein, hätten zwar kein besonderes Charisma, wüssten aber, wie man das System steuert. Man solle sich nur auf sie verlassen. Heute bezahlen wir den Preis für diese institutionalisierte Apathie. (Fairerweise muss man den Iren und Franzosen zugestehen, dass sie schon in der Diskussion um die im Kern neoliberale EU-Verfassung eine Katastrophe heranziehen sahen und sich weigerten, sie zu verabschieden. Sie wurden ignoriert.)

Dabei war es für viele Ökonomen offensichtlich, dass Wall Street die Spekulationsblase gezielt geplant und Milliarden für Werbung ausgegeben hatte, um die Menschen dazu zu bringen, wie verrückt zu konsumieren und das Ganze mit zusätzlichen Schulden zu finanzieren. Die so erzeugte Blase musste natürlich irgendwann platzen, und als sie es schließlich tat, wankte das System, bis der Staat die Banken vor dem totalen Zusammenbruch rettete. Sozialismus für die Reichen. Als die Krise Europa erreichte, spülte die EU ihre Regeln für den gemeinsamen Markt und für Wettbewerb die Toilette hinunter und organisierte eine Rettungsaktion. Das Hohelied der freien Marktwirtschaft hatte man für kurze Zeit mal vergessen.

Einige Nationen brachen zusammen (Island, Irland, Griechenland), andere (Portugal, Spanien, Italien) taumelten

am Abgrund. Da griff die EU ein und verlangte harte Sparmaßnahmen – um das deutsche, französische und britische Bankensystem zu retten. Die Spannung zwischen privaten Profiten und sozialisierten Verlusten ließ sich nicht länger verbergen. Die griechische Elite wurde zu völliger Unterwerfung gezwungen, die dem Volk verschriebenen Sparmaßnahmen führten das Land an den Rand der Revolte. Griechenland war das schwächste Glied in der Kette des europäischen Kapitalismus, dort haben die Wellen des krisengeschüttelten Kapitalismus die Demokratie längst weggespült. Generalstreiks und kreative Proteste machten der extremen Mitte das Leben sehr schwer. Beim Betrachten aktueller Bilder aus Griechenland, wo die Polizei nur mit Gewalt verhinderte, dass Zigtausende Bürger das Parlament stürmten, beschleicht einen das Gefühl, dass die politische Elite des Landes nicht mehr lange so weitermachen kann wie bisher.

Zu Beginn dieses Jahres sprach ich in Thessaloniki auf einem Literaturfestival, doch das Hauptinteresse des Publikums galt politischen und wirtschaftlichen, nicht literarischen Fragen. Gab es eine Alternative? Was sollte man tun? Ich antwortete: Hört sofort auf, eure Schulden zu bedienen. Verlasst die Eurozone, führt die Drachme wieder ein, organisiert eine wirtschaftliche und soziale Planung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, bezieht das Volk in die Diskussion ein, wie das Land ohne zu große soziale Verwerfungen zu retten sei. Man muss den Reichen das Geld (über Sondersteuern) wieder abpressen, das sie sich im letzten Jahrzehnt ergaunert haben. Doch für die visionslosen Politiker im Herzen des Systems kommen solche Maßnahmen überhaupt nicht in Frage – schließlich werden die meisten von ihnen genau von diesen Leuten finanziert.

Das tief im Schuldensumpf steckende Amerika – Obama setzte im Grunde die Politik seines Vorgängers nahtlos fort – erlebte, wie sich in allen größeren Städten mit bewundernswerter Energie Protest erhob. Viel zu lang hatte das politische Amerika auf einen Frühling gewartet. Die eiskalten Winter wichen auch unter Clinton und Obama nicht, zwei Pappfiguren, die einer ausgehöhlten Demokratie vorstanden, deren Entscheidungen vom Großkapital diktiert wurden. Der allseits geschmähte amerikanische Staat war hauptsächlich dafür da, den finanziellen Status quo zu sichern und die Kriege des 21. Jahrhunderts zu finanzieren.

Doch nun hat sich endlich der Nebel der Verwirrung gelichtet, die Menschen suchen nach Alternativen. Allerdings außerhalb der existierenden politischen Parteien, die sich durchgehend als nutzlos erwiesen hatten. Die aktuellen Proteste unterscheiden sich insofern von denen früherer Jahre, als sie in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit und trüber Zukunftsaussichten stattfinden. Eine Mehrheit der Jugendlichen im Westen wird – auch wenn dreist immer wieder das Gegenteil behauptet wird – kein Studium machen können, weil es unbezahlbar für sie ist, und eine Zwei-Klassen-Medizin erleben. Die kapitalistische Demokratie von heute beruht darauf, dass die wichtigsten Parteien im Parlament sich grundsätzlich einig sind. Ihre Zänkereien und »Kompromisse« sind im Grunde völlig unerheblich. In anderen Worten: Die Bürger bestimmen nicht mehr, wer den Reichtum eines Landes kontrolliert – auch wenn die Bürger ihn zum Großteil selbst erarbeitet haben.

Zentrale Fragen zur Allokation von Ressourcen, zur Form des Sozialstaats und zur Verteilung des Reichtums werden in den Parlamenten nicht mehr wirklich diskutiert. Wie kann

es da verwundern, dass die jungen Leute mit der herkömmlichen Politik nichts anfangen können und von Obama und seinen Nachäffern in aller Welt bitter enttäuscht sind? Grundsätzliche Unzufriedenheit mit dem System trieb die Anhänger der Occupy-Bewegung in über 90 Städten auf die Straße. Nie haben die Politiker eingestanden, dass die Krise von 2008 durch die neoliberale Politik ausgelöst wurde, die sie seit den 1980ern verfolgt hatten. Selbst nach 2008 glaubte die Politikerkaste, einfach so weitermachen zu können wie bisher. Doch die Bewegung von unten lässt das nicht zu. Die Besetzungen und die Demonstrationen gegen den Kapitalismus ähneln in gewisser Weise den Bauernaufständen früherer Jahrhunderte. Unerträgliche Zustände führten zu Revolten, die dann entweder niedergeschlagen wurden oder von selbst wieder versandeten. Aber die Unruhen waren oft Vorboten der Zukunft: Wenn sich die Dinge nicht ändern, werden die Menschen weiter auf die Straße gehen. Keine Bewegung kann ohne eine permanente demokratische Struktur überleben, die politische Kontinuität sicherstellt. Je größer ihre Unterstützung im Volk, desto dringender braucht eine Bewegung eine Organisationsform.

In dieser Hinsicht kann man viel von den südamerikanischen Rebellen gegen den Neo-Liberalismus und seine globalen Institutionen lernen. Die gewaltigen und erfolgreichen Proteste gegen den IWF in Venezuela, gegen die Privatisierung der Wasserversorgung in Bolivien und der Stromversorgung in Peru schufen die Basis für eine neue Politik, die an den Wahlurnen triumphierte, nicht nur in Venezuela und Bolivien, sondern auch in Ecuador und Paraguay. Kaum gewählt, packten die neuen Regierungen die versprochenen sozialen und wirtschaftlichen Reformen an (allerdings nur

mit durchwachsenem Erfolg). Professor H. D. Dickinson riet der britischen Labour Party 1958:

»Wenn der Wohlfahrtsstaat überleben soll, braucht der Staat eine Einnahmequelle. Dafür kommen meiner Ansicht nach nur Profite aus Staatsbetrieben infrage. Der Staat muss sich auf die eine oder andere Art einen großen Teil des Bodens und des Kapitals einer Nation sichern. Diese Maßnahme mag zwar nicht populär sein, doch sie ist unvermeidlich: Nur sie ermöglicht verbesserte Sozialleistungen – und die sind dann wieder populär. Man kann nicht den Konsumsektor verstaatlichen, ohne zuvor den Produktionssektor verstaatlicht zu haben.«

Die Labour Party schlug den Rat damals aus, doch die Staatsmänner der Bolivarischen Allianz ALBA in Venezuela und Bolivien befolgten ihn ein knappes halbes Jahrhundert später, mit Erfolg. Dennoch tun die Regierungschefs des Westens solche Ideen nach wie vor als Utopien ab. Aber sie liegen falsch. Denn genau diese Strukturreformen braucht es, keine panischen Sparanstrengungen wie in Griechenland. Was Athen plant, führt geradewegs ins Elend, in Massenarbeitslosigkeit und soziales Desaster. Wir benötigen einen radikalen Kurswechsel, an dessen Anfang das Eingeständnis steht, dass der Turbokapitalismus nicht funktioniert hat, nicht funktionieren konnte und deswegen abgeschafft gehört. In Großbritannien verfolgte die politische Elite seit Maggie Thatcher mit dem Eifer von Konvertiten einen extremen Kurs, bei dem gnadenlos und kaltblütig alles dem Markt als letzter Entscheidungsinstanz überlassen wurde. Wenn die Regierung diesen Kurs beibehalten will, braucht sie neue Mechanismen der Unterdrückung. Von der Demokratie wird nur noch eine leere Hülle bleiben. Die

Demonstranten wissen das instinktiv, deswegen gehen sie auf die Straße. Die bestimmende Mitte hat noch nicht verstanden, dass die Zeichen auf Sturm stehen.

Ich bewundere all die jungen Menschen, die an den verschiedensten Orten der Welt Straßen und Plätze besetzen. Mit Witz, Schwung und Elan fordern sie ihre Regierungen heraus. Doch die sturschädlichen Banker und die herrschenden Politiker unserer Welt lassen sich nicht ohne Weiteres zur Seite drängen. Obama, der oberste Vertreter der alten Garde, wird wahrscheinlich wiedergewählt, nicht weil er so populär wäre, sondern weil die Republikaner unfähig sind, einen aussichtsreichen Konkurrenten aufzustellen.

Wie steht es um Obamas Außenpolitik? Aus dem Irak musste er sich zurückziehen, aus einem, wie er weiter betont, »ehrentvollen« Krieg. Doch in Afghanistan steckt er weiter fest. Im Januar 2012 griffen afghanische Guerillas erneut den riesigen US-Luftwaffenstützpunkt Kandahar an. General John Allen, der amerikanische Kommandeur der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF, gab danach ein seltsam anmutendes Statement ab: »Mullah Omar hat offenbar die Kontrolle über die Taliban-Rebellen verloren, sonst würde er sich von diesen Überfällen distanzieren und seine Leute sofort anweisen, keine unschuldigen afghanischen Zivilisten mehr anzugreifen.«

Der gleiche Mullah Omar, der seit den Anschlägen vom 11. September auf der Fahndungsliste der Amerikaner ganz weit oben steht? Doch die Aussage ist nur dann kryptisch, wenn man nicht weiß, dass Omars Taliban-Fraktion schon seit Jahren mit Vertretern Washingtons verhandelt. Zu einer Einigung ist es bisher allerdings noch nicht gekommen.

Der Kandahar-Angriff mag von einer anderen Taliban-

Fraktion ausgeführt worden sein, einer Fraktion, die Verhandlungen mit den Besatzern grundsätzlich ablehnt. Vielleicht war der Angriff aber auch nur ein Schuss vor den Bug eines müden Imperiums. All die freudigen Medienberichte über Fortschritte in Afghanistan entsprangen reinem Wunschdenken. Deswegen mussten die USA mit den Rebellen verhandeln, auch wenn sie damit die Autorität ihrer Marionette Karsai noch weiter untergruben.

Verschiedene Fraktionen der Neo-Taliban bereiten sich seit mindestens zwei Jahren darauf vor, nach dem Abzug der ISAF-Truppen die Macht im Land zu übernehmen. Ihre Angriffe auf Sicherheitseinrichtungen, Außenposten und Hubschrauber mit hochrangigen NATO-Geheimdienstleuten zeigen, in welchem Ausmaß die Rebellen die »loyalen« afghanischen Truppen der ISAF infiltriert haben. Trotz allen Unterschieden in der Ideologie führen die Rebellen auf ganz ähnliche Weise Untergrundkampf wie die Widerständler des Zweiten Weltkriegs, wie die Vietnamesen unter Giap, die Chinesen unter Mao und die Kubaner unter Che Guevara.

Einige Monate nach seinem Amtsantritt drückte Obama eine arrogante Eskalation des Krieges durch. Seine Vasallen von der EU unterstützten ihn, obwohl einige seiner eigenen Generale massive Kritik äußerten, unter anderen Karl Eikenberry, der Botschafter in Kabul. Obamas Parole lautete: »Wenn die Taliban die Macht im Land übernehmen oder nur ungestört agieren dürfen, wird das Land wieder zur Basis für Terroristen, die möglichst viele Amerikaner umbringen wollen ... Die Afghanen würden erneut von einer Taliban-Regierung gnadenlos unterjocht werden, das Land geriete in internationale Isolation, die Wirtschaft würde kollabieren und die Menschenrechtslage sich katastrophal ver-

schlechtern, insbesondere für Frauen und Mädchen. Unter einer Taliban-Regierung würden die Terroristen von al-Qaida in Scharen zurückkommen, Afghanistan würde in Gewalt versinken.«

Doch die aktuellen Zustände sind davon ohnehin nicht mehr weit entfernt, gerade hinsichtlich der Lage der Frauen. Wichtiger noch, wegen der skrupellosen Angriffe auf Dörfer und der gezielten Schläge gegen Taliban-Führer stieg die Zahl ziviler Opfer stark an – was es den Rebellen erleichterte, neue Kämpfer zu rekrutieren.

Hinzu kommt noch, dass die regionalen Kräfte, die bei der Beseitigung des Taliban-Regimes geholfen hatten (wenn auch teilweise widerwillig, wie im Fall des pakistanischen Geheimdienstes ISI), inzwischen ihre Unterstützung eingestellt haben. Iran hat sich in der Atomfrage mit den USA überworfen, die Nordallianz bröckelt, weil ihre Anführer viel zu beschäftigt damit sind, sich ebenso zu bereichern wie die Familie Karsai. Und das pakistanische Militär hat den Kontakt zu den Taliban ohnehin nie abgebrochen.

Auch wenn kürzlich große Lithiumvorkommen in Afghanistan entdeckt wurden, fällt die Begründung, warum die NATO-Truppen weiter im Land bleiben sollten, immer schwerer. Die Besatzerkoalition aus 42 Nationen kann nichts mehr ausrichten, ihre Marionette in Kabul ist einfach nur noch peinlich. Und rasche Wahlen zur Lösung aller Probleme, für teures Geld von westlichen PR-Firmen organisiert, funktionieren auch nicht mehr. Früher oder später bleibt nur eine Option: Abzug.

Wenigstens hat sich die Lage an einer anderen Front beruhigt: Der arabische Frühling, der Obama & Co. anfangs so überrascht hatte, kam ganz gut unter Kontrolle. Die mode-

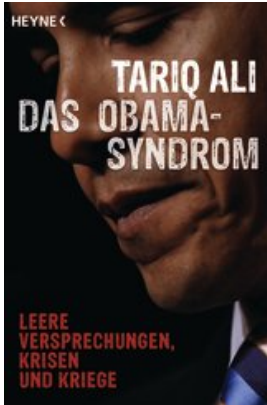
rat islamistischen Wahlsieger in Tunesien und Ägypten sind vollauf bereit, mit Washington zu kooperieren. Die Armeen beider Länder tun das ohnehin bereits. Die amerikanisch-französische Invasion Libyens war ein sorgfältig geplanter Zug, um den Westen wieder im Zentrum der arabischen Welt zu verankern und den nervös gewordenen traditionellen Verbündeten in der Region die militärische Macht des Westens zu demonstrieren.¹ Das Einknicken der EU gegenüber dem Druck aus Israel und Amerika in der Iran-Frage zeigt: Wenn Washington grünes Licht für die Bombardierung des Landes gäbe, würde in Europa keine Regierung protestieren. Obamas Apologeten behaupten, er sei ein Gefangener der Menschen rechts von ihm. Selbst, wenn das wahr sein sollte, könnte man nur sagen, dass er ein glücklicher, williger Gefangener zu sein scheint.

Tariq Ali
London, Februar 2012

¹ Hugh Roberts' exzellenter Überblick über das libysche Abenteuer, »Who Said Gaddafi Had to Go?« (*London Review of Books*, 17. November 2011) beschreibt und entlarvt die plumpe Propaganda des Westens und seiner Verbündeten beim Angriff auf Libyen.

Nicht der Präsident kann helfen oder schaden, nur das System. Und dieses System herrscht nicht nur über uns Amerikaner, es beherrscht die Welt. Wenn sich heutzutage ein Mann um die amerikanische Präsidentschaft bewirbt, muss er auch in anderen amerikanisch dominierten Erdteilen akzeptabel sein. Ein einziger Umstand machte [Lyndon B. Johnson] für die Welt akzeptabel: Die klugen Kapitalisten, die klugen Imperialisten wussten, dass Menschen nur dann auf den Fuchs zulaufen, wenn man ihnen mit einem Wolf droht. Deshalb schufen sie eine unerträgliche Alternative.

Malcolm X, Paris, am 23. November 1964



Tariq Ali

Das Obama-Syndrom

Leere Versprechungen, Krisen und Kriege

DEUTSCHE ERSTAUSGABE

Taschenbuch, Broschur, 256 Seiten, 11,8 x 18,7 cm
ISBN: 978-3-453-60239-7

Heyne

Erscheinungstermin: August 2012

Eine kritische Auseinandersetzung mit Obamas Politik – brillant und provokativ

»Yes, we can!« – Barack Obama wurde 2009 zum Präsidenten der USA gewählt, weil er tief greifende Veränderungen versprochen hatte. Außenpolitisch verfolgt er jedoch dieselben militärischen Ziele wie sein Vorgänger, innenpolitisch sind seine Reformen nahezu gescheitert. Sehr überzeugend und mit fundiertem Detailwissen rechnet der Schriftsteller und Intellektuelle Tariq Ali mit Obamas Politik ab.